

Kolonialismus

Spät, aber nicht zu spät

HARRY NUTT

Es ist noch nicht allzu lange her, dass man selbst in vermeintlich aufgeklärten Kreisen der Ansicht war, die Zeitspanne des deutschen Kolonialismus sei zu kurz gewesen, um sich für schwerwiegende Verbrechen verantworten zu müssen. Die späte Geburt eines deutschen Nationalstaats wurde dabei als Entlastung aufgefasst. Als Länder mit düsterer oder gar selbstbewusst zur Schau getragener kolonialistischer Vergangenheit galten bevorzugt Großbritannien, Frankreich und Belgien.

Wie sehr man sich zu täuschen bereit war, weiß man nicht erst seit der Recherche über die Raub- und Vernichtungszüge deutscher Kolonisatoren auf der Insel Luf im heutigen Papua-Neuguinea, die der Historiker und Kolumnist der Berliner Zeitung, Götz Aly, in seinem aktuellen Buch „Das Prachtboot“ präsentiert. Im Zentrum einer nicht länger mit folkloristischen Mitteln zu beschönigenden Kolonialgeschichte, die lange Zeit durch die notwendige Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust überdeckt worden war, steht dabei die militärische Niederschlagung der sogenannten Herero-Aufstände zwischen 1904 und 1908 in der Kolonie Deutsch-Südwest, die auf dem Gebiet des heutigen Namibia zwischen 1884 und 1915 zum Deutschen Kaiserreich gehörte. Auf Befehl des Generalleutnants Lothar von Trotha trugen deutsche Kolonialtruppen in dieser Zeit zum Tod von mehr als 70.000 Menschen zweier Volksgruppen bei. Vermutlich starben 70 Prozent der Herero und 50 Prozent der Nama durch direkte Tötungen oder verdursteten eingekesselt in der Omaheke-Wüste oder in Konzentrationslagern. Der Herero-Aufstand gilt als der erste Genozid im 20. Jahrhundert.

Dass die Bundesregierung diese Geschehnisse nun ausdrücklich als Völkermord benennt und anerkennt, darf als Wendepunkt einer geschichtspolitischen Haltung betrachtet werden, die viel zu lange zögerlich bis abwehrend verlief. Selbst als sich ein politischer Wille zu manifestieren begann, die moralische Schuld anzuerkennen, blieb der Begriff Völkermord zunächst außen vor, weil sich daran nicht zuletzt Ansprüche auf hohe materielle Reparationsleistungen knüpfen.

Zur gesellschaftspolitischen Bewertung der nun angekündigten Bereitschaft einer Anerkennung des Völkermords gehört zweifellos auch der Hinweis auf die behutsame Verhandlungsführung zwischen namibischen Vertretern und einer deutschen Delegation unter der Leitung des CDU-Politikers Ruprecht Polenz in den zurückliegenden sechs Jahren. Seiner besonnenen Art ist es wohl auch zu verdanken, dass die Gespräche sich nicht dem Druck nach schnellen Erfolgsmeldungen aussetzten. Ziel sei es gewesen, sagte nun Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD), „einen gemeinsamen Weg zu echter Versöhnung im Angesicht der Opfer zu finden“. Wie schwierig das ist, zeigt die Kritik, die weiterhin von Herero kommt, die außerhalb Namibias leben und beklagen, nicht einbezogen worden zu sein.

Die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama fällt in eine Zeit, in der Kolonialverbrechen einer erweiterten Betrachtung unterzogen werden. Die ethnologischen Sammlungen der großen europäischen Museen stehen vor der Herausforderung, ihre Kunstschatze und Artefakte auf ihre Herkunftsgeschichte zu untersuchen. Was nicht selten im Geiste eines triumphalistischen Geschichtsverständnisses angehäuft und geraubt worden war, kann nun zu einem veränderten Weltbewusstsein beitragen helfen, in dem zurückliegende Verbrechen nicht länger beschwiegen, sondern als Vervollständigung des Wissens aufgefasst werden. Dabei geht es weniger um sogenannte Identitätspolitik sowie das Zugeständnis an einen als Wokeness bezeichneten Zeitgeist der Sensibilisierung gegenüber sozialer Ungerechtigkeit und Erscheinungsformen des Rassismus. Allein aus einer wechselseitigen Anerkennung einer gewaltsamen Vergangenheit, so jedenfalls die idealistisch geprägte Hoffnung, vermögen neue Impulse für die internationale Konfliktbewältigung zu erwachsen.



Die Goldgrube

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis zu glauben, dass der Ostbeauftragte dazu da ist, die Belange des Ostens zu vertreten, auf Missverhältnisse und Ungerechtigkeiten hinzuweisen. So wie beispielsweise eine Frauenbeauftragte. Nein, der Ostbeauftragte ist – zumindest war das in den vergangenen Jahren so – dazu da, Klischees und Vorurteile über den Osten zu bestätigen, die in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft bestehen. An diese Tradition des „Ostbeschimpfungsbeauftragten“, wie ein Kollege der Wochenzeitung Die Zeit das Amt nannte, knüpft auch der CDU-Politiker Marco Wanderwitz aus Sachsen an.

In einem FAZ-Podcast hat er eine Woche vor der Sachsen-Anhalt-Wahl über die AfD und Ostdeutschland gesprochen. Er begründet die stärkere Neigung, rechtsradikale Parteien zu wählen, damit, dass es im Osten „verfestigte nicht-demokratische Strukturen“ gebe. So weit, so bekannt. Doch woran liegt das? Der Ostbeauftragte sagt: Ein Teil der Ostdeutschen sei „diktatorsozialisiert“ und nie in der Demokratie angekommen.

Diktatorsozialisiert, das knallt so schön, das ruft gleich alle Reflexe hervor. Im Osten nur Nazis, schreiben die einen – stimmt alles nicht, schreiben die anderen. Willkommen im deutsch-deutschen Diskursandkasten. Der Ostdeutsche ist hässlich, demokratieunfähig und wählt das Falsche, so geht das seit Jahrzehnten. In die DDR wird alles Schlechte outgesourct, sie ist die Bad Bank der deutsch-deutschen Geschichte.

Es geht gar nicht darum, die Gefährlichkeit des Rechtsradikalismus herunterzuspielen. Oder zu verneinen, dass die AfD im Osten erfolgreicher ist als im Westen. Das ist offensichtlich. Aber wie seriös ist es, dreißig Jahre nach der Wende die DDR für die Erfolge rechtsradikaler Parteien im Osten verantwortlich zu machen? Wäre es nicht die Aufgabe eines Ostbeauftragten zu untersuchen, was die spezifischen Gründe sind? Anstatt zu sagen: Eine Generation ist verlo-

Ostbeauftragter

Die DDR als Bad Bank



SABINE RENNEFANZ

ren? Doch ein Mann für differenzierte Analyse ist Wanderwitz nicht.

Wenn man das Gespräch mit ihm hört, irritiert als Erstes, dass er ständig von den „neuen“ Ländern spricht, als befänden wir uns im Jahr 1995. Manches von dem, was er sagt, stimmt faktisch nicht. Beispielsweise die Aussage: „Die AfD wird größtenteils zu Lasten der Linkspartei gewählt.“

Bei der Bundestagswahl 2017 hieß die Partei, die am meisten an die AfD verlor, CDU. Über eine Million Wähler hat die CDU an die AfD verloren, von der Linkspartei wechselten nur 200.000 Wähler zur AfD. Viele der Wähler, die Wanderwitz als diktatorgeschädigt abschreibt, haben viele Jahre lang CDU gewählt. Von 1990 bis 2004 regierte die CDU in Sachsen allein. Weiß der CDU-Politiker Wanderwitz das nicht? Oder ist es bequemer, das Gespenst der DDR zu

bemühen, als eigene Fehler einzugestehen? Antikommunismus, das ist ja das letzte Band, das ostdeutsche und westdeutsche Konservative zusammenhält.

Die rechtsradikalen Netzwerke haben ihre Ursprünge in den 1990er-Jahren, damals haben viele Politiker darüber hinweggeschaut, von CDU bis SPD. Als in Eisenhüttenstadt das Ausländerwohnheim mit Molotowcocktails beworfen wurde, wurde verniedlichend vom Protest der Jugendlichen gesprochen. Legendar ist der Ausspruch von Sachsens langjährigem Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der die Sachsen für immun gegen Rechtsradikalismus hielt. Auch Wanderwitz' Argument, es gebe eine Generation, die diktatorsozialisiert sei, die man nicht mehr erreichen könne, ist nicht schlüssig. Trump, Brexit, Le Pen, überall auf der Welt gibt es rechtsradikale Bewegungen – und soll der Kommunismus schuld sein?

Wenn man sich die Wählerschaft der AfD anschaut, dann wird die Partei am wenigsten von den Über-60-Jährigen gewählt, also von denen, die die meiste Zeit ihres Lebens in der DDR verbracht haben, also am meisten diktatorsozialisiert sein müssten.

1990 war die Demokratiebegeisterung noch hoch, bei der ersten freien Wahl im März gaben 93 Prozent der Bürger ihre Stimmen ab, ein Rekord. Die Zustimmung zur Demokratie sackte erst Anfang der 90er-Jahre ab. Das hing auch damit zusammen, dass die ersten Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie nicht Aufbruch waren, wie für die Westdeutschen in den 50ern, sondern Abrechnung, Arbeitsplatzabbau, Abwanderung. Wie kann man mehr Menschen für die Demokratie gewinnen? Derzeit geht überall die Parteibindung zurück, aber nirgends engagieren sich so wenig Menschen in einer Partei wie im Osten. Wie schafft man ein Labor der Demokratie, wie es der Soziologe Steffen Mau vorschlägt? Dazu wünscht man sich Ideen vom Ostbeauftragten. Ansonsten kann man das Amt auch einfach abschaffen.

Kolumne

„Du siehst aber gar nicht türkisch aus“

MIRAY CALISKAN

oftmals nicht auf eigenen Erfahrungen beruhen. Das Bild wird reproduziert und, in meinem Fall, auf alle Türkischstämmigen übertragen. Weil ich so gar nicht „südländisch“ aussehe, sind viele fasziniert von meinem „untürkischen“ Aussehen. Ich passe nicht in das Klischee. Das trifft in meinem Fall sowohl auf meine deutschen als auch auf meine türkischen Mitmenschen zu.

Einmal vereinbarte ich auf Deutsch einen spontanen Termin bei einem türkischen Friseur. Ich ging hin, wurde auf Deutsch begrüßt, setzte mich in den Stuhl. Die Friseurin fragte mich, ob ich etwas trinken möchte – ich lehnte höflich ab. Sie lächelte, sagte okay, drehte sich zu ihrer Kol-

legin – und fing auf Türkisch an so dermaßen über mein unhöfliches, deutsches Verhalten zu lästern, dass ich nicht wusste, was ich mit mir anfangen soll. „Schon wieder so 'ne Deutsche. Denen kann man auch nichts recht machen.“ Da sei man nazik, also aufmerksam, und vor allem misafirperver, also gastfreundschaftlich, aber werde mit einem unhöflichen Nein abgetan. Eine Türkin hätte sofort um Kaffee oder Tee gebeten, wenigstens um ein Glas Wasser!

Ich hörte mir ihr minutenlanges Geläster über „die Deutschen“ halb amüsiert, halb perplex an und sagte kein Wort darüber, dass ich jedes Wort von ihr verstand.

Ein anderes Beispiel: In einer Straßbahn saßen mir zwei Freundinnen gegenüber, die sich auf Türkisch unterhielten, über ziemlich persönliche Dinge. Das hätten sie sicher nicht getan, hätten sie geahnt, dass ich ihr Gespräch verstehen kann.

Manchmal fühlt es sich so an, als hätte ich als „unerkennbare Türkischstämmige“ Superkräfte. Nur weiß ich noch nicht, wie ich sie sinnvoll einsetzen oder ihnen gerecht werden kann. Bis ich das herausgefunden habe, versuche ich bei allen, die „Du siehst aber gar nicht türkisch aus“ zu mir sagen, die Bilder in ihren Köpfen zu verwischen, indem ich zurückfrage: „Wie siehst denn deiner Meinung eine typisch türkische Person aus?“ Und: „Würdest du bei einem Deutschen mit dunklen Haaren und dunklen Augen genauso erstaunt reagieren?“

Zitat

„Meine DFB-Aufenthaltsquarantäne war länger als 14 Tage.“

Thomas Müller, Bayern-München-Profi, zu seiner Rückkehr in die Fußball-Nationalmannschaft nach zweieinhalb Jahren

Auslese

Druck auf China ist nötig

US-Präsident Joe Biden hat die Geheimdienste beauftragt, dem Ursprung der Corona-Pandemie auf den Grund zu gehen. Dazu meint die *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag*: „Dass der Labor-Ursprung fast schon zur Verschwörungstheorie wurde, hängt wohl damit zusammen, dass diese Erklärung von Ex-Präsident Donald Trump verbreitet und manchmal auch noch mit der Behauptung angereichert wurde, das Virus sei als biologische Waffe entwickelt worden.“ Nun werde jedoch wieder ernsthaft diskutiert. „Die Zoonose und das Viren-Labor sind mögliche Erklärungen für den Ursprung des Coronavirus. Und diesen aufzuklären, ist für die Zukunft enorm wichtig. Dass man dabei nicht vorankommt, liegt auch an China. Peking hat sich beim Ausbruch der Seuche und bei der WHO-Untersuchung zum Ursprung durch Intransparenz ausgezeichnet. Zudem hält es die Ermittlungen in China zu Unrecht für abgeschlossen. Dass Biden Druck macht, ist nötig.“

Die *Londoner Sunday Times* schreibt: „Niemand glaubt ernsthaft, dass China in diesem Fall biologische Kriegsführung betrieben hat und das Risiko eingehen wollte, Tausende seiner eigenen Bürger zu töten. Doch man nimmt an, dass die Forschung im Labor – die sogenannte Gain-of-function-Forschung – die Manipulation von Tierviren beinhaltete, um die Reaktion auf zukünftige Ausbrüche verbessern zu können. Solange wir nicht ausschließen können, dass es chinesische Inkompetenz war, die die Welt in die Knie gezwungen hat, werden viele Menschen glauben, dass dies tatsächlich der Fall war. China hat große und wichtige Fragen zu beantworten.“ (fs.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN
Herausgeber: Dr. Michael Maier
Textchefin: Bettina Cossack (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller
Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Resorts
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne
Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzhold
News: Philipp Deblonne
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Prießner
Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz
Print Art Direction: Annette Tiedje
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de
Redaktion: Berliner Newsroom GmbH
Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:
 Dr. Mirko Scheffelbein (Vorstand), Tobias Müller, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Vorlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Scheffelbein (Vorstand), Holger Friedrich
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich
 Am Wasserturm 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätig Mo-Fr
 sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abonnement der Berliner Zeitung erhalten Sie
 jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
 Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht
 kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird
 keine Haftung übernommen.
 Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-
 gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.